

Militär- und Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlandsverkehr monatlich 1.26 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulanz Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenburg am Neckar. — Druckerei: Enzthalbotendruckerei & Co., Wildbad; Hirschelmer Buchdruckerei Filiale Wildbad. — Postfach 201 74 Stuttgart. — Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die einseitige 16 mm breite Zeile 1 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 1 Pf.; im Textteil die 20 mm breite Zeile 12 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebenem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Reklamefällen oder wenn gerichtliche Beurteilung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg. — Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 54, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 6

Februus 479

Donnerstag, den 9. Januar 1936

Februus 479

71. Jahrgang

Der „Alte Fritz“ machte mobil

W.D. Als die eisernen Winterhilfsplaketten mit dem Bild Friedrich II. verkauft waren, hatten 120 Tonnen Gußeisen ihre Magneten gefunden. Sowie, eine Menge von 120 000 Kilogramm Eisen war es nämlich, mit der Sonntag morgens die freiwilligen Helfer losgingen. Die Rechnung ist einfach: 12 Millionen Plaketten waren angefertigt und kamen in Umlauf; jede war einschließlich Nadel 10 Gramm schwer. Die Helfer brachten also 120 Tonnen Eisen oder rund 10 Güterwagen voll mit sich in Gang.

Als diese 120 Tonnen Gußeisen, wie gelagt, ihre Magneten gefunden hatten, an den Menschen nämlich, trugen diese damit rund 20 000 Quadratmeter Eisensfläche an sich. Auch das ist einfach zu berechnen: Jede Plakette hatte einen Durchmesser von 23 Millimetern.

Die Eisengießerei Gleiwitz, der preussische Staats- und Traditionsbetrieb, hat ausgerechnet, daß bei ihr auf jede der angefertigten Plaketten eine Arbeitszeit von 54 Sekunden entfiel, wobei die auf die Anfertigung der Gußmodelle usw. verwendete Zeit anteilig errechnet, der Zeitaufwand für das Verpacken aber z. B. nicht eingerechnet ist. Das macht bei 12 Millionen Stück einen Aufwand von insgesamt 180 000 Arbeitsstunden. Wie immer im Wirtschaftsprozeß, hat die Verteilung mehr Zeit und Menschen gefordert als die Herstellung. Wieviel Kilometer mögen die Helfer gegangen sein! Die zum Verpacken der Plaketten gebrauchte Wellpappe hätte ihnen dabei einen netten Teppich abgeben können. Man hat rund 300 000 Wellpapppartons gebraucht, von denen jeder 18/18 Zentimeter groß war; darin lagen vier durch Wellpappe getrennte, in besonderes Seidenpapier eingeschlagene Schichten von Plaketten. (Das Seidenpapier mußte chlorfrei sein, damit die Plaketten, die mit einem Kupferüberzug versehen waren, nicht schwarz anliegen.) Auseinandergenommen und aneinandergereiht hätte die verwendete Wellpappe einen Streifen von rund 320 Kilometer Länge ergeben. Ein ganz annehmbarer Käufer für die Verteilung, die natürlich viel mehr Gehweg notwendig machte.

„Eisen bringt Glück“ — da die Menschheit es ursprünglich nur als Meteoriten kannte, war es ihnen entweder das vom Himmel gefallene Material — so bei den Ägyptern — oder der aus dem Boden, dem Urgrund allen Lebens gehobene Stoff. Und immer glückbringend. So war es auch diesmal. Es sind dem Winterhilfswerk mit ihm 2,4 Millionen Mark vom Himmel gefallen — nach schwerer Arbeit allerdings — und die Helfer haben für mehr als diesen Betrag Beglückung daraus gezogen und auch die, die durch Kauf haben und heute mit dem eisernen Abzeichen durch die Straßen gehen. „Eisen bringt Glück“. Vor hundert Jahren schon trugen einmal Männer und Frauen in der ganzen Welt den von Berlin ausgehenden eisernen Schmuck, „Berliner Gußeisen“, „Lotte de Berlin“. Es wäre schön und angebracht, wenn sich das Olympische Organisationskomitee entschließen würde, nachdem alle andern Abzeichen aus Bronze sind, das für die Besucher bestimmte aus Eisen zu machen. Eisen gehört zu Deutschland.

Kriegsschule Potsdam

Entwicklung der preussischen Offiziersausbildung

Am Donnerstag, den 9. Januar, findet in Anwesenheit des Oberbefehlshabers der Wehrmacht die feierliche Eröffnung der neuerrichteten Potsdamer Kriegsschule statt.

Mit der feierlichen Eröffnung der Potsdamer Kriegsschule wird eine alte preussisch-deutsche Heerestradiation wieder aufgenommen und weitergeführt. Schon im Jahre 1859 hatte die Stadt Potsdam die Ehre, die erste moderne Kriegsschule des preussischen Heeres zugeteilt zu bekommen. Das wichtige Problem der Ausbildung und Erziehung zum Offizier wurde durch diese Schule, die noch eine Schwester-Schule in Erfurt erhielt, auf einen klaren Nenner gebracht. Aus ihnen wuchsen die weiteren preussischen und deutschen Kriegsschulen hervor, die dem deutschen Heer der Vorkriegszeit seine Offiziere lieferten. Bei Kriegsausbruch waren in Deutschland zwölf Kriegsschulen vorhanden. Durch den Schandvertrag von Versailles wurde diese Arbeit jedoch jahrelang gestoppt. Es ist ein Zeichen unserer neuen Wehrfreiheit, wenn jetzt wieder die erste Kriegsschule nach dem Weltkrieg dem wiedererstandenen deutschen Heere übergeben werden kann.

Die Aufgaben der Kriegsschulen waren recht vielfältig. Grundsätzlich sollten sie den jungen Fähnrichen, die zur Ablegung der Offiziersprüfung nötigen Kenntnisse, Wissenschaften und Fähigkeiten übermitteln. Die Inspektion der Kriegsschulen und die Generalinspektion des Militärerziehungs- und Bildungswesens waren die obersten Instanzen und Vorgesetzte dieser Schulen. Taktik, Waffenlehre, Befehlslehre, Verkehrswesen, Feldkunde, Planwesen und Heereswesen waren die am meisten bewerteten Lehrgebiete der Schulen. Französisch und Englisch waren Unterrichtsfächer. Die Erlernung des Russischen stellte man den Fähnrichen frei. Die Gebiete der praktischen Ausbildung erstreckten

sich in erster Linie auf Schießen, Entfernungsschätzen, Reiten, Geschützergerieren, Turnen und — Tanzen. Der Unterrichtsplan wurde unterbrochen und belebt durch Belehungsreisen und praktische Unterweisungen.

Es bestand die Verfügung, daß alle Offiziersanwärter mit Ausnahme derjenigen, die bereits ein Jahr Universitätsstudium nachweisen konnten, zu einem Kursus von 35 Wochen auf eine der Kriegsschulen mußten. Ursprünglich waren die Kriegsschulen für eine längere Dauer vorgesehen, doch eine Verordnung vom Jahre 1893 setzte die Ausbildungszeit einheitlich auf 35 Wochen fest. Vor dem Eintritt in die Schule hatten die Schüler eine Einheitsprüfung abzulegen. Hatte der Offiziersanwärter diese Prüfung mit Erfolg abgelegt, mußte er sich zum Schluß seines Lehrganges einer zweiten Prüfung unterziehen. In der Zwischenzeit konnte er aber bei Anfertigung oder unerlaubten Handlungen wieder zurückgeschickt werden.

In dem Offiziersexamen waren nun die Anforderungen schon höher. „Fertigkeit und Präzision im Anfertigen schriftlicher Arbeiten über militärische Gegenstände. Französische Sprache so viel, daß er aus dem Französischen ins Deutsche übersetzen kann. Reine Mathematik bis zum zweiten Grade. Zeichnen von Plänen richtig und verständlich ohne große Schönheit. Erweiterte Geographie und Statistik.“ Diese Richtlinien und Anforderungen hatte noch König Friedrich Wilhelm am 6. August 1808 in Königsberg geschrieben, doch waren sie mit der Neugründung der Kriegsschulen in großen Zügen mitübernommen worden.

Unter gewissen Voraussetzungen konnte auch der Gemeine in den Offiziersstand eingehen. Bekannt ist der Fall des Wachtmeisters Renher aus dem Infanterie-Regiment von Winnig. Nach seinem Offiziersexamen starb er 1857 als General der Kavallerie und Chef des Generalstabs der Armee. Auch in dem Heere nach 1859 sind Fälle bekannt, wo Unteroffiziere sich in höheren Offiziersstellen behauptet haben.

Daß sich das Heer mit eifer preussischer Genauigkeit auch um die kleinsten Kleinigkeiten kümmerte, geht aus der Verfügung über die Jenkierung der Leistungen in den verschiedenen Prüfungen hervor. Das Prädikat „gut“ durfte nur ohne Einschränkung vergeben werden. Den Unterricht erteilten Hauptleute. Die Generalkommandos hatten jährlich geeignete Offiziere mit der Angabe ihrer Spezialgebiete vorzuschlagen. Von diesen Offizieren wurden diejenigen, die jeweils gerade benötigt wurden, ausgelucht. Ihr Kommando an der Schule dauerte drei bis fünf Jahre. Einige Leutnants standen den Hauptleuten zur Seite und waren für die exzessmäßige Ausbildung verantwortlich. Die Gesamtleitung lag in der Hand eines Majors.

Wenn auch die neue Kriegsschule des Führers mit ganz anderen Voraussetzungen zu rechnen hat, so ist allein schon durch die gleiche Namensgebung ein Band der Verbundenheit zwischen alter preussischer Gründlichkeit und Tradition mit der Wehrmacht eines modernen Deutschen Reiches geknüpft. Die Gründung der Kriegsschule Potsdam 1936 ist ein neuer Markstein auf dem Wege der Wehrfreiheit.

„Zwischen Berlin und London“

Ein englischer Politiker über außenpolitische Fragen

In der Zeitschrift „The Nineteenth Century and after“ veröffentlicht der bekannte englische Politiker T. P. Conwell-Evans unter der Überschrift „Zwischen Berlin und London“ einen Artikel, der sich eingehend mit außenpolitischen Fragen Deutschlands beschäftigt und einen umfassenden Überblick über die Lage gibt. Der Artikel hebt sich vollständig

Kurze Tagesübersicht

Der internationale Bund der Kirchen hat eine Denkschrift an den Völkerbund gesandt, die die sofortige Beseitigung des von den Bolschewisten auf kirchlichem Gebiete geschaffenen Zustandes in Sowjetrußland fordert.

Über den geheimen Plan für eine gegenseitige Hilfeleistung zwischen England und Frankreich werden in der Weltpresse allerlei Gerüchte verbreitet, die sensationellen Charakter haben.

In Argentinien sind blutige Streikunruhen ausgebrochen, die man wiederum auf kommunistische und ausländische Einflüsse zurückführt.

Nach Meldungen aus Addis Abeba sollen an der Süd- und Nordfront heftige Gefechte im Gang sein.

Die im Washingtoner Senatsauschuß durchgeführte Untersuchung über die Ursachen der Teilnahme Amerikas am Weltkrieg hat ergeben, daß der Dollar und das Geldgeschäft die Haupttriebkraft war, was man in Deutschland freischon lange wußte.

von den vielen gehässigen Aeußerungen der letzten Zeit durch seine Objektivität ab. Conwell-Evans sagt, man müsse zu verstehen versuchen, in welchem Geist in Deutschland die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht vorgenommen worden sei. Deutschland habe Anspruch darauf, daß man ihm den guten Glauben zubillige, wenn es jetzt im Begriffe sei, die Gleichberechtigung zurückzugewinnen. Der Verfasser spricht sich hierauf über die Politik des Führers in der polnischen Frage aus. Die Lage, die durch die deutsch-polnische Verständigung geschaffen worden sei, habe zur Folge, daß Rußland, Polen und Deutschland es sich heute zweimal überlegen würden, bevor sie zur Gewaltanwendung schreiten. Könnte nicht Europa sich beglückwünschen, wenn ein schwerer Streitgegenstand seiner unmittelbaren Sorge entzogen worden sei? Conwell-Evans weist hierauf auf die deutschen Befürchtungen hin, daß die Tschekoslawakei ein strategischer Stützpunkt Rußlands werde und auf die Erklärungen Dimitroffs in Moskau, der offen gesagt habe, das Hauptziel der Dritten Internationale — und damit der Sowjetregierung — sei die Vernichtung der Hitler-Regierung. So sei also die deutsche Wiedereinführung als eine Sicherungsmahnahme in einer gefährlichen Lage anzusehen, und nicht etwa als eine Vorbereitung künftiger Eroberungen in Osteuropa.

Nach einer Würdigung der deutschen Minderheit in der Tschekoslawakei weist der englische Politiker sodann auf die Lage in Oesterreich hin. Die österreichische Frage verlange eine Rechtsänderung, der sich bislang Frankreich und Italien auf das lebhafteste widersetzt hätten. Die meisten Leute in Oesterreich seien für eine bundesstaatliche Verbindung mit Deutschland und verabscheuten die italienische Schutzherrschaft. Sich einer solchen Selbstbestimmung zu widersetzen, würde ein unfreundlicher Akt sein. Keine englische Regierung würde vor dem Volke einen Krieg rechtfertigen können, der etwa geführt werden sollte, um die Verwirklichung dieses demokratischen Zieltes zu verhindern. Frankreich müsse eines Tages erkennen, daß eine Zusammenarbeit mit England weit nützlicher sei, als ein Bündnis mit Rußland und als der Widerstand gegen die kulturelle Autonomie der deutschen Minderheit und gegen den österreichischen Wunsch nach Unabhängigkeit. Wenn Frankreich es aufrichtig damit meine, daß es nur Sicherheit wünsche, so dürfe der Augenblick für eine Erneuerung des Locarnopactes gekommen sein. Dies wäre geeignet, die französische Furcht vor Deutschland zu beseitigen.

Auf die Frage der Kolonien eingehend, meint Conwell-Evans, daß es sicher sei, daß Deutschland um eines Fleckens in Afrika willen keinen Krieg mit England führen wolle. Das beweise das Flottenabkommen. Es sei deutlich, daß Deutschland kein großes Reich in Uebersee erstrebe. Um so mehr sei England verpflichtet, den deutschen Wünschen entgegenzukommen. Deutschlands Bestrebungen seien durchaus vernünftig. Deutschland wünsche bei der Beratung wichtiger Ereignisse mit dabei zu sein und seinen Teil zu Initiativen beizutragen.

Deutschland, Frankreich und England sollten es sich zur Gewohnheit machen, über alle sie gemeinsam berührenden Fragen sich gemeinsam zu beraten. Die Bedingungen müßten wieder geschaffen werden, um die von Hitler in seiner Rede vom 21. Mai 1935 vorgeschlagenen Wünsche auf Abschaffung der schweren Artillerie, der Tanks und des Bombenabwurfes auf die Zivilbevölkerung wieder in Rechnung stellen zu können.

Es sei erfreulich, daß die englische Regierung die Gelegenheit nicht habe vorübergehen lassen, auf ein Angebot einer Abgrenzung zur See einzugehen. Das deutsch-englische Flottenabkommen habe die einzige Ursache für einen Konflikt zwischen beiden Ländern beseitigt. Neuerdings erkennen auch die Franzosen erst dieses Abkommen an.

Die 7. Hörer-Million überschritten!

Berlin, 8. Jan. Der deutsche Rundfunk hat die 7. Hörer-Million überschritten! Diese bemerkenswerte Tatsache, die überzeugend die Entwicklung des Rundfunks unter nationalsozialistischer Führung kennzeichnet, veranlaßte ein Mitglied der DNB-Schriftleitung, den Reichsendeleiter Hadamowsky zu betragen, der u. a. folgendes erklärte:

Für die pessimistischen Schlechtwetterpropheten, die seit einem halben Jahr immer den Zusammenbruch des deutschen Rundfunks prophezeiten und einzelne privatwirtschaftliche Schwierigkeiten in wirtschaftliche Schwierigkeiten des Systems umdeuten wollten, dürfte der neueste Zugang an Rundfunkteilnehmern eine völlige Niederlage bedeuten.

Der Zugang im Dezember beträgt 202 211 Hörer. Damit steigt die Gesamtteilnehmerzahl von 6 990 741 am 1. Dezember auf 7 192 952 am 1. Januar 1936.

Während eifrige Gerüchtemacher im letzten halben Jahr von Monat zu Monat gänzliche Abschottung und Marktverstopfung prophezeiten, machte der Hörerzugang von 109 756 im Monat September mehr als das Zehnfache des September-Zuganges vom Jahre 1932 aus. Im gleichen Monat der Jahre 1926 bis 1931 mußten Abgänge bis zu 30 000 verzeichnet werden. Im Oktober 1935 konnte der nationalsozialistische Rundfunk einen

Refordjugang von 164 585 nachweisen. Die Zugänge im gleichen Monat der Jahre 1925 bis 1932 erreichten nicht einmal die Hälfte. Ebenso liegt der Monat November 1935 mit 174 232 Zugängen hoch über den Zugängen von 1924 bis 1932, zum Teil um 10 Prozent. Und der neueste Zugang im Monat Dezember von 202 211 stellt ein Drittel der Gesamt-Dezemberzugänge von 1924 bis 1932 dar.

Endlich sei noch darauf hingewiesen, daß die Gesamteinnehmerzugänge 1935 1 050 031 betragen (1934: 1 090 314), eine Zahl, die fast ausnahmslos das Zwei- bis Dreifache der Jahreszugänge von 1924 bis 1932 ausmacht.

Diese wenigen Ziffern beweisen, daß die Gründe für die bei der Generalbereinigung der deutschen Rundfunkwirtschaft in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres vereinzelt auftretenden Insolvenzen in der Rundfunkwirtschaft außerhalb des Rundfunks liegen. Der hier verfestet zum Ausdruck kommende Kampf gegen das zuverlässigste Propagandainstrument der Regierung und gegen den Volksempfänger ist damit kläglich zusammengebrochen.

Die Abgabe von Gefrierfleisch

Wie bereits angekündigt, setzt im Januar die Ausgabe von Gefrierfleisch ein. Es handelt sich hierbei ausschließlich um eine Maßnahme, die die Marktlage erfordert, da der Bedarf an Rindfleisch zur Zeit nicht im ganzen Reich voll aus der Inlands-erzeugung gedeckt werden kann. Aus handelspolitischen Gründen ist es aber auch nicht möglich, den Fleischbedarf nur durch Einfuhr von Lebendvieh aus dem Ausland zu befriedigen. Das Gefrierfleisch wird zu einem Preis abgegeben, der nicht nur Preissteigerungen für Frischfleisch verhindert, sondern auch geeignet sein wird, den in manchen Orten aufgetretenen Preisüberhöhen entgegenzuwirken. Die Höhe der Kleinhandels-Höchstpreise für Gefrierfleisch wird durch eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 7. Januar 1936 bestimmt. Auf Grund dieser Verordnung werden die Preisüberwachungsstellen in den in Frage kommenden Städten die Verkaufspreise für Gefrierfleisch bekanntgeben. Gefrierfleisch erhalten die Großstädte und sonstigen Bedarfszentren, bei denen es die Lage der Rindfleischproduktion erfordert und zu deren Einwohnerschaft in hoher Zahl Bevölkerungsjahichten mit geringem Einkommen gehören.

Das Gefrierfleisch wird in den städtischen Schlachthöfenanlagen unter verantwortlicher Leitung des städtischen Schlachthofdirektors aufgetaut. An die Fleischer wird nur vorschriftsmäßig aufgetautes Gefrierfleisch zum Verkauf abgegeben. Durch dieses Verfahren wird erreicht, daß das Gefrierfleisch in einwandfreier Beschaffenheit in die Hand der Verbraucher gelangt.

Eine alte Handschrift

Der Führer in der bayerischen Staatsbibliothek

München, 8. Jan. Der deutsche Gesandte in Wien, v. Papen, überbrachte am Dienstag dem Führer und Reichskanzler die aus dem Stift Kremsmünster in Oberösterreich angekaufte berühmte Handschrift des 14. Jahrhunderts des Heinrich von Müriach. Die ausgezeichnete erhaltene Handschrift ist eine Reimchronik der Weltgeschichte von der Schöpfung bis in die Zeit Kaiser Ludwigs des Bayern. Sie ist versehen mit höchst wertvollen und einzigartigen Handzeichnungen. Zum Erwerb dieser kostbaren Handschrift, die nunmehr Eigentum der Bayerischen Staatsbibliothek geworden ist, hat der Führer einen wesentlichen Beitrag geleistet, den Rest steuerten der bayerische Staat und die bayerische Staatsbibliothek bei. Damit ist ein wertvolles Kulturdokument der großen deutschen Geschichte der näheren Forschung erschlossen worden. Im Anschluß an die Uebergabe der Handschrift beschäftigte der Führer die bayerische Staatsbibliothek mit ihrem reichen Schatz wertvollster kulturhistorischer Handschriften.

Gegen den Bolschewismus

Völkerbundschrift der internationalen Kirchen

Rotterdam, 8. Jan. Der internationale Bund der Kirchen zur Verteidigung gegen den Bolschewismus auf moralischem und religiösem Gebiet veranstaltete in Rotterdam unter der Leitung von Pfarrer Dr. Krop eine stark besuchte Kundgebung gegen die bolschewistischen Kirchenverfolgungen, der auch mehrere diplomatische Vertreter beiwohnten. Die einzelnen Redner legten eingehend die bolschewistische Gefahr für die ganze Welt dar. Sie entwickelten in religiöser Hinsicht ein düsteres Bild der heutigen Zustände in Sowjetrußland. Besonders die erschütternden Schilderungen der unmenschlichen Mittel, mit denen man in Sowjetrußland die Pfarrer „liquidiert“

ließen auf höchstes Mitgefühl, wie auch die Schilderung über die Schändung der Kirchen allgemein stärkste Beachtung fand.

Als Ergebnis der Kundgebung wird eine Denkschrift dem Völkerbundssekretär Avenol zugesandt. Darin wird unter Anführung zahlreicher Beispiele aus der Presse über den Kampf der Bolschewisten gegen die Kirche und unter Darlegung vieler Fälle von unmenschlichen Folterungen, denen Geistliche unterworfen wurden, die sofortige Beseitigung des von den bolschewistischen Machthabern auf kirchlichem Gebiete geschaffenen Zustandes gefordert. Weiter heißt es in der Denkschrift: Solange die Sowjetunion nicht dem Völkerbund angehört, antwortete man auf unsere vielfältigen Gesuche, daß der hohe Rat sich nicht mit einer Angelegenheit befassen könne, die außerhalb seiner Gerichtsbarkeit liege. Jetzt aber handelt es sich um eine dem Völkerbund angehörende Macht, gegen die sich unsere Klagen richten. Lassen wir die Drohung der Weltrevolution beiseite, die nach wie vor bestehen bleibt, übergehen wir die Arbeitsbedingungen, die kein Abweichen von denen, die die offen angenommene Sklaverei anderswo geschaffen hat, bleiben wir auf dem Gebiete der Gewissensfreiheit und des Kultes, das besonders zum Gebiet der Kirche gehört: Wir sehen nichts, was sich beim Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund geändert hat.

Die Denkschrift schließt: Wir wissen, daß nur ein Mitstreben des Völkerbundes unsere Bemühungen auf die Tagesordnung des hohen Rates setzen kann, aber wir hoffen, daß sich unter den Vertretern der Völkerbundsstaaten, denen ihr Ruf nicht gleichgültig ist, wenigstens einer befindet, der sich zum Vorführer der aufs höchste beunruhigten Kirchen macht.

Vom Marzeller Königsmord-Prozess

Paris, 8. Jan. Der Kassationsgerichtshof in Paris hat nach zweitägigen Beratungen die Berufung, die der erste Verteidiger des wegen des Marzeller Königsmordes angeklagten Ustachi, Rechtsanwalt Desbons, gegen seine Streichung als Verteidiger und Anwalt eingelegt hatte, zurückgewiesen. Damit ist die Streichung des Rechtsanwalts Desbons von der Anwaltsliste endgültig geworden.

Sturm

gegen die französische Sowjet-Anleihe

1 Milliarde Francs an Moskau

Paris, 8. Jan. Die Gerüchte von einer bevorstehenden Gewährung eines französischen Kredites in Höhe von 800 Millionen bis 1 Milliarde Francs an Sowjetrußland haben sich inzwischen derart verdichtet, daß mit ihrer Echtheit gerechnet werden kann. Die Anleihe soll von der Konjunktions- und Depressionsklasse zu einem Zinssatz von 5 Prozent gewährt und zu 80 Prozent vom französischen Staat garantiert werden. In zahlreichen französischen Wirtschafts- und Privatkreisen, besonders aber in den Kreisen der französischen Inhaber russischer Vorkriegsanleihen, hat diese Absicht der Regierung lebhafteste Beunruhigung und Mißstimmung hervorgerufen. Die Vereinigung der französischen Inhaber von Sachwerten hat bereits ein Protestschreiben an den französischen Finanzminister gerichtet, in dem sie sich gegen die Gewährung eines Kredites ausspricht. Der Nationalverband der französischen Inhaber russischer Anleihekredite hat seinerseits in einem Telegramm an den Ministerpräsidenten gegen die Unterzeichnung des russisch-französischen Wirtschaftsabkommens Einspruch erhoben und in einem zweiten Telegramm an den französischen Handelsminister gefordert, daß das neue Abkommen zum mindesten mit der Rückzahlung der russischen Schulden verbunden werde.

Im „Jour“ nimmt Léon Bailby ebenfalls gegen die Gewährung eines neuen französischen Kredites an Sowjetrußland Stellung. Wenn Litwinow auch der Ansicht sei, daß die russische Freundschaft 800 Millionen Francs wert sei, so müsse man ihm antworten, daß von keiner Anleihe die Rede sein könne, solange die alten Schulden nicht bezahlt seien. Die französischen Techniker behaupteten, die Regelung dieser Schulden sei möglich, weil genügend Aktiven zur Verfügung ständen. Sowjetrußland erkläre jedoch, daß es nicht über genügend Mittel verfüge. Man müsse deshalb einmal die Frage aufwerfen, womit denn die Arbeiten des Fünfjahres-Planes bezahlt werden: seien und die angeblichen ungeheuren Rüstungen, auf die sich Sowjetrußland immer berufe, wenn es sich darum handle, von Frankreich die Unterzeichnung des in Vorbereitung

bestehenden russisch-französischen Pakt zu erlangen. Man müsse sich andererseits fragen, wie es komme, daß der französische Handelsminister das französisch-russische Wirtschaftsabkommen erneuert habe, ohne es mit der Rückzahlung der russischen Vorkriegsschulden zu verbinden. Diese Frage sei nicht nebensächlich, denn sie gehe etwa 4 Millionen Francs an und erstrecke sich auf 18 Milliarden Goldfrancs, die die französischen Sparer in russische Staatspapiere gesteckt hätten, und auf 6 Milliarden Goldfrancs, die in Privatunternehmen gesteckt worden seien. Es gehe auf keinen Fall an, den französisch-russischen Pakt zu unterzeichnen, ohne daß genügend Garantien für die Rückzahlung dieser Außenstände gegeben worden seien.

Verständnis für die kolonialen Notwendigkeiten Deutschlands

in englischen Wirtschaftskreisen

London, 8. Jan. Die kolonialen Notwendigkeiten Deutschlands finden jetzt auch in englischen Wirtschaftskreisen zunehmendes Verständnis. So erklärte ein bekannter englischer Finanzmann, Lord Downs, auf einer Versammlung in York: Ich wünsche, daß unsere Regierung den Weg finden könnte, Deutschland die Kolonien, die ihm nach dem Kriege weggenommen wurden, zurückzugeben. England, so fuhr der Redner fort, müsse aus dem Kriege die Lehre gezogen haben, daß man nicht ungestraft den wirtschaftlichen Aufbau der Welt in Unordnung bringen könne.

Die englisch-französischen Militärvereinbarungen

Restlose Zusammenarbeit?

Paris, 8. Jan. Das in Paris und Neuyork erscheinende Blatt „Neuyork Herald“ will über das Ergebnis der in Paris geführten Besprechungen der Militärsachverständigen Englands und Frankreichs, die bekanntlich von strengstem Stillschweigen umgeben waren, nähere Mitteilungen machen können. Da der Bericht dieses amerikanischen Blattes von der französischen und englischen Presse bereits aufgegriffen wurde, sei er in Einzelheiten wiedergegeben:

Das Blatt behauptet, daß nunmehr ein endgültiger Plan für die Zusammenarbeit der englischen und französischen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft vorliegt. Beide Regierungen betonten, daß dieser Plan der Zusammenarbeit die logische Folge des Bestandes nach Artikel 16 Absatz 3 der Völkerbundscharten sei. Man nehme an, daß Frankreich und England jetzt gegen jeden italienischen Angriff gewappnet seien, gleichviel ob er im Mittelmeer gegen die britische Flotte oder zu Lande gegen Frankreich an der Alpen-Front erfolge.

Der Plan soll, wie das Blatt meldet, die sofortige Mobilisierung der Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft in beiden Ländern und die Benutzung französischer Lager, Flugplätze, Flottenstützpunkte, Arsenale und Docks durch die britischen Streitkräfte vorsehen. Großbritannien würde den Flottenschutz der französischen Küsten und den Luftschutz einiger französischer Industriekentren übernehmen und, wenn nötig, sogar englische motorisierte Truppen hinter den Stellungen und Festungen der französischen Südgrenze einsetzen.

Eine englische Stellungnahme

London, 8. Jan. Reuter berichtet aus Paris, daß in französischen amtlichen Kreisen die Berichte amerikanischer Zeitungen als „phantastisch“ bezeichnet werden. Diese Bezeichnung werde besonders auf die Behauptung angewandt, daß der in Paris ausgearbeitete Plan für den Fall eines italienischen Angriffs die Entsendung britischer mechanisierter Truppen nach Frankreich vorsehe. Tatsache sei, daß alle Einzelheiten der Besprechungen zwischen Mitgliedern der französischen und britischen Stäbe — die Besprechungen wurden schon am 10. Dezember beendet — streng geheimgehalten worden seien.

Reuter bemerkt weiter dazu, daß in London natürlich nichts über die technischen Vereinbarungen gegenseitiger Unterstützung mitgeteilt werde. Diese Vereinbarungen stellen ein Geheimdokument dar, das zu veröffentlichen nicht im Interesse der beiden Länder liege.

Der letzte Junker von Rothenburg

Roman von Paul Hain.

„Man schwachte allerlei. Der fränkische Söldner meinte wohl, er wüßte nichts, wenn wir ihn fragten. Nachher aber sahen wir einen mit unserem Hauptmann sprechen — ein Handelsmann war's vielleicht — oder ein Kurier — er sollte Runz heißen, hörte man, und der Fränkische mußte ihn wohl kennen.“

Simmern flüchte sich schwer auf sein Schwert.

Runz!

Bänkeles Vater selber! Der Ring schloß sich. Im Auftrag

— Walter von Levehings! Wie sollte es anders sein!

Ungeheuerlich war dies alles!

„Weiter — weiter —“ drängte er.

„Der Franke blieb damals liegen — er stand nicht wieder auf. Unser Hauptmann ging gleich darauf in spanische Dienste.“

„Und der Junker Jörg, Mann! Der Junker? Wahrheit, Wahrheit! Ich will die Wahrheit wissen! In Rothenburg hat ein Rädel noch einen Hauch von Hoffnung! Sprich — Schust!“

Er rüttelte ihn an der Schulter.

„Der Junker Jörg — mußte mit uns. Er war todwund“

„Schurken —!“

„Hatte kaum noch Atem im Leibe. Hall uns zuviel zu schaffen gemacht. Wüßten selber nicht, was mit ihm kam.“

Blieb zwei Nächte lang beim Hauptmann, glaub' ich. Oder auch länger. Wurde dem Hauptmann schon Angst und hoffte er, daß der Junker endlich das Zeitliche —“

Simmern stieß einen Fuch aus. Am liebsten hätte er den Söldner vor ihm niedergebauten.

„Wo liegt er begraben?“

Seine Stimme bebte.

Niclas schüttelte den Kopf.

„Nirgends — mein' ich. Tauchte eines Tages ein Waldbruder aus dem Hunsrück auf, der da irgendwo hoch oben

in den Bergen haust, bei den Viehhütern. Soll den Junker mitgenommen haben auf seinem Esel — vielleicht daß er ihn gesund pflegen könnte. Soll ja irre gewesen sein von dem Schwertschlag über den zer schlagenen Helm. — Gleich darauf verschwand der Hauptmann zu den Spanischen, war ihm wohl nicht ganz geheuer nach der Geschichte hier.“

Simmern stöhnte auf.

„Schurken — Schurken —“

Niclas zog den Kopf ein.

„Vandstraßenrecht —“ murmelte er.

Aber gleich darauf sank er unter dem Griff Simmerns fast in sich zusammen.

„Kein Wort mehr,“ sagte er dumpf, oder ich vergesse mein Versprechen.“

Schweigen herrschte.

Erst nach einer langen Weile stieß Simmern hervor:

„Im Hunsrück also“

„Ja, herr — so hieß es. Soll ein schon älterer Mann gewesen sein, der sich des Junkers annahm, glaub' ich.“

Simmern reckte sich kerpengerade.

Seine Augen funkelten.

Fest blickte er den Söldner an.

„Ach denke, du hast — nicht gelogen, Bube! So leicht fliehen die Lügen nicht über die Rippen. Nun rate ich dir eins: Troll dich — so schnell du kannst! So schnell dich deine Füße tragen. Such dir dein Pferd und reit, so weit du kannst, daß du mir mehr über den Weg kommst.“

Ich denk an ein Mädchen daheim, das erschrecken würde, wenn ich ihr sagen müßte, ich hätte dich — also lauf, lauf! Aber bedenke: wenn ich dich zum zweiten Male sehe, dann habe ich kein Versprechen zu halten. Dann bin ich nur der Bet Simmern, der eine Rechnung zu begleichen hat!“

Der Söldner sprang auf.

Ihm war dieser Fremde unheimlich.

Er ging langsam davon. Den Blick nachdenklich zur Erde gerichtet. Weitersehen! Im Hunsrück!

konnte, Hals über Kopf, davon, den Wallabhang hinauf — ein grotesker, springender Spuk.

Simmern sah ihm finster nach. Aber unwillkürlich huschte ihm — angesichts dieses von der Angst gejagten, dahinspringenden Söldners, dem die langen, ungelenteten Gliedmaßen förmlich durcheinandersarbelten — ein Lächeln um den Mund.

„Ein armer Schelm,“ murmelte er, aus dem Geschlecht der Buschflepper. Soll er laufen. Das Schicksal der Landstraße wird ihn erreichen — früher oder später.“

Er ging langsam davon. Den Blick nachdenklich zur Erde gerichtet. Weitersehen! Im Hunsrück!

Er blickte auf. Die Berggruppen zeichneten sich nur noch da in verschwommenen Linien vom Himmel ab. Die Abend-schatten drängten näher. Simmern schritt plötzlich schneller aus.

Hoffnung belebte ihn. Ja — durfte er nicht Hoffnung haben? Viele Monate lang war er rheumatisch und — abgegrüht — hoffnungslos, fast verzweifelt. Und nun endlich! — war ihm das Schicksal hold gewesen.

Junker Jörg — lebte?

Oh — nicht zu viel hoffen!

Was wußte er denn? Nur, daß ein barmherziger Waldbruder, der sich den Kernsten der Armen im einsamen, unwirtlichen Gegenden annahm und ihnen das Wort Gottes vermittelte, den Junker mitgenommen hatte, um ihn in seiner stillen Klausel — vielleicht zu heilen.

Aber — ob er noch lebte?

Herrgott! — wäre er nicht schon längst zurückgekommen, wenn er — lebte?!

Simmerns Gedanken stürzten durcheinander.

Noch eben hatte Hoffnung sein Herz schneller schlagen lassen — nun lähmte neue Angst schon wieder den schnellen Schlag.

Aus der Ferne hörte er den Lärm des Jahrmarkt-trubels.

Ein Ausdruck des Widerwillens glitt über sein Gesicht. Schneller eilte er dahin. Durch die Gassen der Stadt — im Bogen um den Marktplatz herum, dem Wirtschaftshaus zu, in dem er seit einigen Tagen Herberge bekommen hatte.

Amerika und der Weltkrieg

Das Geldgeschäft führte zur Teilnahme Amerikas

Washington, 8. Jan. Im Verlauf der Sitzung des Senatsausschusses für die Klärungsuntersuchung sagte J. P. Morgan aus, daß sein Bankgeschäft den Alliierten im Jahre 1915 Darlehen gewährt habe, nachdem Präsident Wilson seine Einwilligung dazu erteilt hätte. Obwohl Morgan behauptet, daß die „deutschen Handlungen“ und nicht die internationalen Geldgeschäfte Amerika in den Weltkrieg hineingezogen hätten, erklärte er, daß die Sympathien seiner Firma von Anfang an auf Seiten der Alliierten gewesen seien. Kabeltelegramme aus dem Archiv der Morganbank ergaben, daß keine drei Tage nach Frankreichs Kriegseintritt Frankreich bei Morgan u. Co. wegen einer Anleihe oder eines Handelskredites angefragt habe. Auslagen und Schriftwechsel ergaben, daß das Staatsdepartement unter William Bryan dies mißbilligt habe. Präsident Wilson änderte jedoch die Lage, indem er einen weitgehenden Unterschied machte und „Kredite“ gestattete, aber ein Anleiheverbot beibehielt. Die Mitglieder des Ausschusses kamen zu der Ansicht, daß die Wirkung von Anleihen und Krediten für alle praktischen Zwecke dieselbe sei. Aus der Verhandlung ging weiter hervor, daß die Aenderung der Wilsonschen Politik in einem Geheimschreiben des damaligen Anwalts des Staatsdepartements, Lansing, vom 23. Oktober 1914 dargelegt wurde. In diesem heißt es, daß Wilson die Befreiung der „Hindernisse“ gutgeheißen habe, auf die Morgan und andere Bankiers bei ihren Geldgeschäften mit den Alliierten gestoßen seien. Lansing erklärte in dem Geheimschreiben, daß er bei der Unterhaltung mit dem Präsidenten den Eindruck gewonnen habe, daß, da der Handel mit den Kriegführenden gesetzlich erlaubt und angemessen sei, Hindernisse, wie Einmischung in Kreditabkommen oder erleichterte Devisenmethoden, beseitigt werden sollten.

Die Verhandlungen ergaben weiter, daß Bryans Gegnerschaft gegen die Gewährung von Krediten in einem Schreiben vom 10. August 1914 an Wilson zum Ausdruck gekommen sei, in dem Bryan erklärte: Wir sind die einzige große Nation, die in den Krieg nicht verwickelt ist und unsere Weigerung, irgend einem der Kriegführenden Gelder zu leihen, würde das Kriegsende beschleunigen.

Ein republikanisches Mitglied des Untersuchungsausschusses erklärte im weiteren Verlauf der Verhandlungen, daß die frühzeitige Freundschaft Morgans für die Alliierten die Neutralitätspolitik Wilsons verlegt habe. Morgan erwiderte hierauf, daß die Neutralitätsfrage Sache der Regierung gewesen sei, mit der die Bankiers nichts zu tun gehabt hätten.

Vom Kriegsschauplatz

Italienischer Heeresbericht

Rom, 8. Jan. Der als amtliche Mitteilung Nr. 91 veröffentlichte italienische Heeresbericht lautet:
„An der Front südlich von Makalle hat unsere Artillerie Truppenzusammenschlungen in der Richtung auf Amba Aradam beschossen. Bei Zusammenstößen im Tembien-Gebiet hat der Gegner 22 Tote aus dem Gelände zurückgelassen. Die Luftwaffe hat im Gebiet des Ashangi-Sees Bomben abgeworfen. In der Umgebung von Alamata südlich des Ashangi-Sees haben die abessinischen Bewaffneten, sobald sie unsere Flugzeuge gesichtet hatten, auf dem Boden drei große rote Kreuze aufgelegt, um die sie sich dann gesammelt haben.“

Neue abessinische Offensiven?

Addis Abeba, 8. Jan. Nach hier verbreiteten Gerüchten sollen sich sowohl an der Nordfront als auch an der Südfront große Gefechte entwickeln. Im Norden sollen die Truppen Ras Kassa und Ras Sepoums die plötzlich auftretende Regenzeit dazu benützt haben, um mit starken Kräften ihren bereits früher begonnenen Vormarsch auf Addis fortzusetzen. Die Italiener sollen sich erbittert aus Blokhäusern und ihren Stellungen verteidigen.

Weitere Gerüchte wollen wissen, daß auch die Heeresgruppe des Ras Desta im Süden zum Angriff übergegangen ist. Die Abessinier gehen hier strahlensförmig in drei verschiedenen Kolonnen vor, und zwar die erste Kolonne auf Let, die zweite auf Vagh Gerandi und die dritte hart an der Grenze von Kenja. Ras Desta soll die strahlensförmige Angriffsart gewählt haben, um sich vor Überraschungen auf seinen Flügeln zu schützen. Er soll 60 000 Mann zur Verfügung haben.

Neue abessinische Protestnote

Genf, 8. Jan. Der abessinische Gesandte in Paris hat eine neue Note an das Völkerbundsekretariat gesandt, in der erklärt wird, daß die italienischen Militärbehörden ihre „Politik der Terrorisierung“ fortsetzten, indem sie auf dem nördlichen Abschnitt des Kriegsschauplatzes Giftgase gegen die abessinischen Truppen verwendeten. Es handle sich nicht mehr um einzelne und zufällige Handlungen, sondern offenbar um die unerbittliche Durchführung der „planmäßigen Ausrottung des abessinischen Volkes“, die die italienische Regierung in ihrer Presse verkündet habe. Aus diesem Grunde wiederhole die abessinische Regierung ihre Bitte, daß der Völkerbund eine Untersuchung über die neuen und wiederholten Verletzungen des Kriegsrechtes und der internationalen Abkommen vornehme.

Bewegungen der britischen Heimatflotte

London, 8. Jan. Wie die englische Admiralität mittelst, werden gewisse Einheiten der Heimatflotte, nämlich die Schiffe „Kelson“, „Robney“, „Furious“, „D. Kairo“ und die 21. Zerstörer-Flottille, in Ueberereinstimmung mit dem alljährlichen Brauch, etwa Mitte Januar eine Frühjahrs-Kreuzfahrt antreten. Gleichzeitig werden die jetzt in Gibraltar befindlichen Einheiten der Heimatflotte, nämlich die Schiffe „Good“, „Ramilles“, „Orion“ und „Neptune“ nach England zurückkehren.

Werdegang des Sowjetgesandten Minkin

Paris, 8. Jan. Der „Matin“ befaßt sich mit der Persönlichkeit des aus Uruguay ausgewiesenen sowjetrussischen Gesandten Minkin und stellt dabei fest, daß sich dieser sonderbare diplomatische Vertreter am Ende des Weltkrieges im Auftrag der Sowjetregierung als Fellauskäuser in Buenos Aires niedergelassen habe. Neben seinem Teilhandel habe Herr Minkin jedoch eine ausgedehnte bolschewistische Werbetätigkeit entfaltet. Da er damals seine Tätigkeit jedoch nicht unter dem Schutz der diplomatischen Immunität ausüben konnte, sei er aus der argentinischen Hauptstadt ausgewiesen worden und habe sich darauf in Montevideo niedergelassen. Mehrere Jahre habe er gebauert, bis Uruguay die Moskauer Regierung amtlich anerkannt habe und Minkin, der inzwischen die südamerikanischen Verhältnisse recht eingehend kennengelernt habe, sei darauf von der Moskauer Regierung zu ihrem diplomatischen Vertreter vorgeschlagen worden. An sein a-

Gewöhnheiten habe Minkin jedoch nichts geändert, sondern er habe nun unter dem Schutz der diplomatischen Immunität seine Wählerereien in ganz Südamerika fortgesetzt. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ meldet aus Rio de Janeiro, daß man in politischen Kreisen einen Zusammenschluß aller südamerikanischen Staaten gegen den Kommunismus erwarte.

Kommunisten sprengen Pulverlager in die Luft

Madrid, 8. Jan. In Granada haben Kommunisten in der Nacht zum Mittwoch ein Pulverlager in die Luft gesprengt. In einer Konditorei in Saragossa hat die Polizei ein großes Waffen- und Munitionslager mit über 100 geladenen schweren Bomben aufgedeckt.

Kommunistenumtriebe in Ostsibirien?

Tosio, 8. Jan. Großes Aufsehen erregen hier Nachrichten aus Sjinging, der Hauptstadt von Mandschurien, über zahlreiche sowjetrussische Verschwörungen in Ostsibirien. In etwa 200 Fällen sollen Bombenanschläge auf Eisenbahnen und militärische Anlagen verübt worden sein. Auch wird berichtet, daß es im Baikalgebiet zu Erhebungen der Bauern gekommen sei. In Nerchinsk, Chabarowsk, Bladivostok sollen ebenfalls Aufstände und schwere Zusammenstöße erfolgt sein, bei denen insgesamt im letzten Jahr über 300 Tote zu verzeichnen gewesen seien. Mehrere hundert Personen seien verhaftet und durch Giftgase hingerichtet worden.

Prag verbietet!

Kampf gegen die Not

Prag, 8. Jan. Bei dem Leiter der Ortsgruppe der Sudeten-deutschen Volkshilfe in Bagstadt (Tschchoslowakisch-Schlesien) erschienen dieser Tage ein Vertreter der politischen Bezirksbehörden und zwei Gendarmen. Sie erklärten, daß die Ortsgruppe ihre Tätigkeit vorläufig einstellen müsse und Beschlagnahmen die zur Verteilung an Bedürftige bestimmten Kleidungsstücke. Ferner nahmen sie alle Schriftstücke mit. Als Begründung für die unverständliche Maßnahme wurde mitgeteilt, es seien Beschwerden darüber eingelaufen, daß die Sudeten-deutsche Volkshilfe nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt worden sei.

Botales

Wildbad, den 9. Januar 1935.

Autounfall. Gestern nachmittag gegen 2 Uhr fuhr ein von Pforzheim kommendes Personenauto beim Bahnhofshotel, entweder aus Unachtsamkeit des Chauffeurs oder durch Zusammenstoßen verschiedener Umstände, das Handpferd eines tafelwärts fahrenden Langholzfuhrwerks an, so daß das Pferd vermurrt mit Kopf und Brust die Motorhaube des Personenautos eindrückte. Das Pferd selbst scheint keinen Schaden genommen zu haben. Nach Aufnahme des Unfalls durch die Polizeibehörde, die die Ursachen des Zusammenstoßes klären werden, konnten Auto und Fuhrwerk ihre Fahrt wieder fortsetzen.

Mondfinsternis vom Mittwoch

Die Mondfinsternis von gestern war bei fernklarem Himmel überall genau zu verfolgen. Der Erdschatten, der den Mond verdunkelte, zuerst teilweise und um 19 Uhr vollständig, schuf eindrucksvolle Bilder der Mondphasen. Das Schauspiel war hochinteressant, es wurde viel beobachtet und die verschiedensten Farbnuancen bis ins kupferrote waren deutlich erkennbar. Wenige Minuten vor 21 Uhr war die Finsternis zu Ende.

Meisterprüfung vor Eröffnung eines Handwerksbetriebs

Durch die Dritte Verordnung über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks ist die Berechtigung zum selbständigen Betrieb eines Handwerks von der Eintragung in die Handwerksrolle abhängig gemacht worden, die von der Handwerkskammer geführt wird. In die Handwerksrolle wird grundsätzlich nur eingetragen, wer die Meisterprüfung für das von ihm betriebene oder für ein diesem verwandten Handwerk bestanden hat. Diese gesetzliche Vorschrift ist für viele überraschend gekommen und hätte bei sofortiger strenger Handhabung außerordentliche Schwierigkeiten mit sich gebracht. Infolgedessen hat der Gesetzgeber Uebergangsbestimmungen vorgeesehen und die höheren Verwaltungsbehörden ermächtigt, in besonderen Fällen Erleichterungen für die Eintragung in die Handwerksrolle und damit für die Eröffnung eines Handwerksbetriebes zuzulassen. Von dieser Ermächtigung ist bisher in einer großen Anzahl von Fällen Gebrauch gemacht worden, was auf die Dauer um so weniger angeht, als seit Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Regelung bald ein Jahr verlossen ist. In Zukunft wird nur noch unter ganz besonderen schwerwiegenden Gründen mit der Erteilung solcher Ausnahmegenehmigungen zu rechnen sein. In der Regel ist daher vor Eröffnung eines Handwerksbetriebes die Meisterprüfung abzulegen. Es wird dringend davor gewarnt, sich leichtfertig über diese Bestimmungen hinwegzusetzen und etwa Verpflichtungen einzugehen in der Annahme, daß behördlicherseits die vorherige Ablegung der Meisterprüfung erlassen wird.

Württemberg

Württembergs Außenhandel im Jahre 1935

Der Württ. Industrie- und Handelstag befaßt sich in seinem wirtschaftspolitischen Ueberblick auch mit dem Außenhandel Württembergs im Jahre 1935 und weist u. a. darauf hin, daß bei den außenhandelspolitischen Schwierigkeiten der Entwicklung der Ausfuhr der württembergischen Industrie, die ja seit jeher in hervorragendem Maße mit dem Weltmarkt verbunden war, besondere Beachtung zukommt und daß selbstverständlich die Weltwirtschaftskrise mit ihren ungeheuren Ausmaßen nicht ohne starke Rückwirkungen an den meisten württembergischen Industriezweigen vorübergegangen sei. Für manche Firmen, so heißt es in dem Bericht, selbst für ganze Industriezweige, sind die Schwierigkeiten der Behauptung auf den ehemaligen Auslandsmärkten, vielfach besonders auch infolge der Währungsabwertung verschiedener ausländischer Staaten so stark geworden, daß für den Absatz der Fertigerzeugnisse nur noch der Inlandmarkt übrig blieb.

Immerhin konnten sich aber auch manche Industrien infolge der hervorragenden Qualität ihrer Erzeugnisse auf den Auslandsmärkten in beachtlichem Umfange behaupten. Die württembergische Ausfuhrindustrie trägt daher auch heute noch in hervorragendem Maße zur Devisenbeschaffung für die deutsche Volkswirtschaft bei. So weist z. B. die Württ. Maschinenindustrie im Jahre 1935 zwar keine einheitliche Exportleistung auf, doch war im ganzen gesehen gegenüber dem vori-

gen Jahr eine gewisse, allerdings nur geringfügige Steigerung der Ausfuhr möglich.

Mühtigere Ergebnisse wurden in der Ausfuhr der Kraftfahrzeugindustrie erzielt, wozu besonders auch die zahlreichen Siege der Rennwagen der Württ. Industrie in hervorragendem Maße beigetragen haben. Auch in Kraftsträdern lagen die Auslandsumsätze über denen des Vorjahres. In der Industrie elektrotechnischer Apparate und Geräte war die Ausfuhrlage im ganzen genommen nicht ungünstig, wie auch in der Metallwarenindustrie, besonders im Hinblick auf die Tatsache, daß zahlreiche ausländische Staaten eigene Industrien aufgezogen haben und diese mit allen zu Gebote stehenden staatlichen Mitteln schützen.

Außerordentlich nachteilig mußte sich jedoch naturgemäß die Weltwirtschaftskrise auf die Württ. Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie auswirken, deren Ausfuhr trotz aller Anstrengungen rückgängig geblieben ist.

Dagegen hat sich die Ausfuhr chirurgischer Instrumente und Geräte wie auch von Messinstrumenten und optischen Erzeugnissen durchschnittlich gehiebert. Die Ausfuhr von Uhren ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen, dabei ist besonders zu beachten, daß zwei Drittel der gesamten deutschen Uhrenaufsuhr aus Württemberg stammen. Die Ausfuhr in der Textilindustrie war im ganzen gesehen rückläufig. Selbst diejenigen schwäbischen Textilierzeugnisse, die als besondere Qualitätswaren auf dem Weltmarkt guten Ruf genossen, hatten, abgesehen von wenigen Ausnahmen, unter den ausländischen Einfuhrerwerbissen erhebliche zu leiden. Die Ausfuhr von Mund- und Ziehharmonikas aus Württemberg, die etwa zwei Drittel der gesamten deutschen Ausfuhr umschließt, konnte weiter erhöht werden, während die Klavierindustrie und der Orgelbau, die früher eine sehr starke Ausfuhr aufzuweisen hatten, noch kaum Anzeichen einer Besserung zeigen.

Die Schuhindustrie, chemische und Holzindustrie, wie auch zahlreiche Einzelbetriebe der verschiedenartigsten in Württemberg vertretenen Industrien können nur schwer ihren verminderten Stand der Ausfuhr halten und infolge der verstärkten Autarkiebestrebungen des Auslandes nur vereinzelt verbessern. Eine gewisse Steigerung der Ausfuhr konnte die Linoleum-, Spielwaren- und Lederindustrie aufweisen.

Diese kurze Darstellung der Ausfuhrlage einiger wesentlicher württembergischer Industriezweige gibt ein Bild von dem Willen der württembergischen Wirtschaft, ihrerseits zur Wäderung der deutschen Devisennot beizutragen und die Wertgeltung Deutschlands auf dem Weltmarkt zu erhalten. Zur Stärkung der deutschen Außenhandelswirtschaft bedarf es aber auch der Unterbindung der besonders bei Kompensationsgeschäften beobachteten Preisunterbietungen deutscher Firmen auf dem Auslandsmarkt.

Industrie und Handel in Württemberg

im Jahre 1935

In der Württ. Wirtschaftszeitung berichtet der Württ. Industrie- und Handelstag eingehend über Entwicklung und Lage von Handel und Industrie Württembergs im vergangenen Jahre. In einem Schlußwort wird folgender zusammenfassender Ueberblick gegeben:

Der Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1935 wird gekennzeichnet durch die Abnahme der Arbeitslosenziffern und damit also durch die Steigerung der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit. Mit der Zunahme der Beschäftigungszahl ist auch das Arbeitseinkommen um etwa 6 bis 7 Prozent in diesem Jahre höher gewesen als im Vorjahr. Diese Steigerung zeigt sich auch in der günstigen Entwicklung der Spareinlagen. Die Lage der industriellen Erzeugung ist jedoch nicht einheitlich, sondern zeigt erhebliche Unterschiede in der Entwicklung der Produktionsgüter- und der Verbrauchsgüterindustrien. Im Jahre 1935 ist vielfach eine geringere Nachfrage nach Verbrauchsgütern als im Vorjahr zu beobachten gewesen, die jedoch in der Hauptsache auf die im Vorjahr erfolgten starken Vorratskäufe und Voreindeckungen, besonders in Textilwaren, zurückzuführen ist. Demgemäß sind auch die Einzelhandelsumsätze im vergangenen Jahre nicht mehr in derselben Weise gestiegen wie im Vorjahr. Trotzdem weist der Einzelhandel im Durchschnitt immer noch eine Steigerung des Umsatzes auf. Alles in allem zeigt der Ablauf des vergangenen Wirtschaftsjahres, daß der Konjunkturanstieg der ersten beiden Jahre der nationalsozialistischen Regierung im dritten Jahre 1935 zwar eine gewisse Verlangsamung erfahren hat, daß aber andererseits die Grundlage der Wirtschaftsbelebung sich erweitert und gefestigt hat. Diese letztere Tatsache ist um so bemerkenswerter, als die weltwirtschaftlichen Verhältnisse in keiner Weise den deutschen Belangen und Bemühungen entgegengekommen sind. Trotzdem ist es der deutschen Führung gelungen, die wirtschaftliche Grundlage für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und damit für die Wiedererringung der Wehrhoheit zu schaffen. Die Regierung hat sich die restlose Rückführung der Erwerbslosen in die Arbeit zum Ziel gesetzt. Wenn nun auch das Arbeitslosenproblem heute schon praktisch als nahezu gelöst angesehen werden kann, so wird doch die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft und die Entwicklung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Verhältnisse noch auf lange Zeit die unmittelbare Einflußnahme der führenden Hand des Staates auf die Gestaltung der Wirtschaftslage erfordern; die Wiedereinschaltung Deutschlands in die Weltwirtschaft wird mit Rücksicht auf die sich immer gespannter gestaltenden weltpolitischen Fragen voraussichtlich wesentlich langsamer vor sich gehen, als bisher erhofft werden konnte.

Die anfänglich vielfach verbreiteten Vermutungen, daß bei der Verwendung von Staatskrediten zur Schaffung zusätzlicher Kaufkraft zwangsläufig Preissteigerungen eintreten müßten, haben sich nicht erfüllt und werden auch für die Zukunft gegenstandslos bleiben, da die zielbewußte Politik der Staatsleitung auch fernerhin in der Lage sein wird, die Löhne und Preise im Gleichgewicht zu erhalten. Zweifellos werden hierdurch dem verantwortlichen Betriebs- und Wirtschaftsführer erhebliche Verpflichtungen auferlegt, zumal trotz Steigerung der Umsätze und der Rohereinnahmen der Ertrag der Wirtschaft durch die Zunahme der Kosten vielfach stark beeinträchtigt und die Schaffung von Rücklagen erschwert wird. Es wird daher dieser Frage von wirtschaftspolitischer Seite aus größte Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen, um unter Anerkennung des Gewinnstrebens die Entfaltung der privaten Initiative zu sichern. Diesem Gedanken wurde übrigens gerade in letzter Zeit anlässlich von Ausführungen zur Aktienrechtsreform und zur Neuordnung der Energiewirtschaft von maßgebendster Seite besonderer Ausdruck verliehen. Diese klare und eindeutige Stellungnahme der verantwortlichen Wirtschaftsführung zu der Frage „Staat und Wirtschaft“ wird in erheblichem Maße zur weiteren Festigung und Sicherung des allgemeinen Vertrauens der Wirtschaft in die zielklare und erfolgreiche nationalsozialistische Führung beitragen.

Die württembergische Wirtschaft befindet sich durch ihre Tatkraft den ersten Willen, auch für das kommende Jahr alle Kräfte in dem Kampf um die Förderung der Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes einzusetzen.

Werdet Mitglied in der NS.-Volkswohlfahrt



Ludwigsburg, 8. Jan. (Artilleristen-Tag.) Am 24. März 1736 hat Herzog Karl Alexander von Württemberg die Württembergische Artillerie in Ludwigsburg aufgestellt. Um die 200jährige Gründungsfeier ihrer stolzen und ruhmreichen Waffe in schlichter und würdiger Weise abzuhalten, findet am 16. und 17. Mai ds. Js. in Ludwigsburg ein großes Treffen aller Artilleristen statt.

Neuningen, Olt. Leonberg, 8. Jan. (Frauenfreit mit Messern.) Am Samstag vormittag trafen sich auf dem Hauptbahnhof hier zwei miteinander verwandte Zigeunerinnen. Sie gerieten in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf sie sich mit den Messern derart zurietheten, daß beide erhebliche Verletzungen und Schnittwunden im Gesicht davontrugen und sich in ärztliche Behandlung begeben mußten.

Enzweihingen, Olt. Baihingen, 8. Jan. (Tödlicher Verkehrsunfall.) Nachts ereignete sich hier auf der Umgehungsstraßenstraße zwischen Hauptstraße und Mühle ein tödlicher Verkehrsunfall. Unterhalb der Tankstelle stand auf der rechten Straßenseite, vorfahrtsmäßig beleuchtet, ein Lastzug. Ein Motorradfahrer (ein Kaufmann aus Oberriezingen) fuhr aus dem Ort kommend auf den Lastzug auf und schlug den Kopf derart wuchtig an, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Holzmaden, Olt. Kirchheim, 8. Jan. (Unterschlagung.) Als am 27. Dezember ein Revisionsbeamter die Kasse des Darlehensvereins in Holzmaden revidieren wollte, ging der Kassier Fritz Attinger unter Mitnahme eines Betrages von 2-4000 RM. flüchtig. Inzwischen wurde festgestellt, daß sich seine Unterschlagungen auf etwa 7 bis 8000 RM. belaufen. Attinger ist noch flüchtig. Es wird nach ihm gefahndet.

Neulingen, 8. Jan. (Todesfall.) August Schrm. Schreinerlehrenobermeister in Neulingen, ist am Samstag nach kurzer Krankheit im Alter von 76 Jahren gestorben. Mit ihm ist ein geachteter Bürger der Stadt dahingeshieden, der bis vor wenigen Jahren noch im Organisationsleben des Handwerks tätig war.

Dehringen, 8. Jan. (Zwei Motorradunfälle.) Am Sonntag lief in Cappel ein betrunkenen Wanderbursche einem Motorradfahrer so unglücklich in den Weg, daß beide stürzten, wobei das Motorrad stark beschädigt wurde. Der Wanderbursche wurde in Haft genommen. — Am Montag abend ereignete sich ein ähnlicher Unfall an der Straßenkreuzung Berrenberg-Biffeld. Auch hier wurde ein Wanderbursche schwer verletzt und mußte in das Krankenhaus Dehringen eingeliefert werden.

Eilwangen, 8. Jan. (Neuiger Steuerfänder.) Vor einiger Zeit wurde im Briefkasten des hiesigen Finanzamts ein geschlossener Brief mit 2400 RM. in Noten und einem Begleit Schreiben in verstellter Schrift und ohne Namensnennung des Absenders abgegeben. Der Brief enthält die Bemerkung: „Für nicht bezahlte Steuern“. Offensichtlich handelt es sich um die tätige Reue eines vom Gewissen geplagten Steuerfänders.

Gerhausen, Olt. Blaubeuren, 8. Jan. (Beim Schlittenfahren verunglückt.) Am Freitag verunglückte sich die Schuljugend auf der Weininger Steige mit Schlittenfahren. Ein Schlitten, der mit drei Jungen besetzt war, kam auf der vereisten Steige in rasende Fahrt und wurde aus der Fahrbahn geschleudert. Während der Sohn des Malermeisters Kimmel mit Armverletzungen, der Sohn des Hilfsarbeiters Georg Baur mit Beinverletzungen davonkamen, sind die Verletzungen des Sohnes von Sägewerksbesitzer Buz schwerer Natur. Mit einer Brustquetschung und sonstigen Verletzungen liegt er bedenklich darnieder.

Rohberg, Olt. Waldsee, 8. Jan. (Schwer verunglückt.) Am Dreikönigstag verunglückte Pfarrer Birkenmayer mit seiner Mutter und Schwester auf der Heimfahrt vom Gottesdienst. Der Geistliche benützte das Pferdeuhrwerk zu der in der Nähe von Rohberg gelegenen Kapelle. Auf der Heimfahrt wollte der Führer bei der Brauerei Nord das Pferd geradeaus lenken, während dasselbe in ziemlich schneller Fahrt in die scharfe Kurve einbog, wobei sich der vordere Teil des Wagens löste und der Knecht ein Stück weit. Der hintere Teil des Wagens kippte nach vorne, so daß die Insassen herausgeschleudert wurden und schwere Verletzungen erlitten. Der Geistliche und seine Mutter wurden in das Kreiskrankenhaus nach Waldsee eingeliefert.

Ulm, 8. Jan. (Fachschule für Kunst- und Bauhölzer.) Neben der Fachschule für Maler und für Schreiner wurde nun auch eine Fachschule für Kunst- und Bauhölzer eröffnet. Der Ulmer Kunst- und Bauhölzer hat durch seine mustergültigen Erzeugnisse weit über Ulm hinaus einen guten Ruf. Die Fachschule hat sich in Bezug auf das Schülermaterial ausschließlich auf den Handwerkskammerbezirk Ulm beschränkt und zählt 15 Meisterkandidaten. Für die Schule wurden die besten handwerklichen Lehrkräfte Ulms gewonnen. Die Fachschule ist in der Gewerbeschule in der Frauenstraße untergebracht.

Aus dem Gerichtssaal

Diebesbande verurteilt

Ulm, 8. Jan. Eine üble Diebesbande hatte sich vor der Großen Strafkammer zu verantworten. Es sind dies der ledige, 1901 in Radolfzell geborene Adolf Sperandie, der 1897 in Jollkofen, Kanton Bern, geborene Gustav Viller, der 1913 in Rieden, Kreis Hall, geborene Ludwig Jätiger und zwei Frauen aus Münstingen, die wegen Begünstigung und Hehlerei angeklagt sind. Letztere hatten auch dem Angeklagten Sperandie Unterschlupf gewährt. Den ersten Diebstahl verübten Sperandie und Jätiger am 1. November 1933 bei der Darlehenskasse in Herbrechtingen, Kreis Heidenheim, wo sie gewalttätig mehrere Türen öffneten und so in den Kassentraum gelangten. Hier entnahmen sie einer dort hängenden Teppe die Schlüssel zum unteren Teil des Kassenschranzes und stahlen über 500 RM. und Briefmarken. Im Juli 1934 machten Sperandie und Viller dem Darlehensverein wieder einen Besuch. Diesmal fielen ihnen aber nur eine Kausperstose und eine Altkempe in die Hände. Im Jahre 1934 und 1935 verlegten Sperandie und Viller ihr Arbeitsgebiet nach Münstingen. Sperandie hatte dort mit einer der Angeklagten ein Verhältnis und konnte so für seine Diebesbeute leicht einen Unterschlupf finden. Nicht weniger als zwölf Einbruchsdiebstähle bei einem Kaufmann, dann in einem Aussteuergeschäft und schließlich bei einem Konditoremeister haben sie ausgeführt und dabei Waren, Schmuck und Wäsche im Gesamtbetrag von über 3000 RM. erbeutet. Die Einbrüche führte Sperandie teilweise allein, teils in Gemeinschaft mit Viller aus. Die Diebesbeute teilten sie untereinander. Bei der Verurteilung war eine der mitangeklagten Frauen behilflich. Sie verkauften die Beute in Delpfingen, Ehingen, Althausen und Ulm. Sperandie und Viller sind schwer einschlägig vorbestraft. Das Gericht verurteilte Sperandie zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust,

weiter zu vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Jätiger, der noch nicht vorbestraft ist, erhielt neben Monate Gefängnis, wovon ein Monat Untersuchungshaft abgeht. Die Angeklagte S. Munderlich von Münstingen erhielt wegen Begünstigung und Hehlerei ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Ihre Schwester erhielt zwei Monate Gefängnis, die als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten.



Deshalb sollst Du Opfer bringen!

Der Winter, der harte Winter steht noch immer vor der Tür und er ist unbarmherzig. Dir machts ja wenig aus, Du hast Deine schöne warme Wohnung und hast Dein gutes, oder doch ausreichendes Auskommen. Aber gerade darum hast Du die Pflicht, Dich Deiner armen Brüder und Schwestern anzunehmen, denen der Winter nur bange Sorge ist! Werde nicht des Lebens müde! Sei ehrlich: viel will man nie von Dir, man will nur, daß Du weißt, daß geben, opfern dringend nötig ist, und daß Du Dir bewußt bleibst, was Du bist, bist du nicht von Dir aus, sondern weil die ganze Volksgemeinschaft hinter Dir steht.

Devisenschieberprozess gegen katholische Geistliche

Kempten, 8. Jan. Vor dem hiesigen Schöffengericht haben sich jetzt wegen Devisenverbrechen katholische Geistliche zu verantworten. Als Angeklagte stehen vor dem Gericht der 31jährige Pfarrer Johann Schrant aus Röhrenbach bei Lindau, der 27jährige Laienbruder Anselm Mehle aus Feldkirch (Vorarlberg) und der 56jährige Jakob Zuern aus Lindenberg.

Die Anklage legt dem Pfarrer Schrant zur Last, als Hauskaplan des Josephheims, das der Priesterkongregation vom löstbaren Blut angehört, eine vollendete Devisenschlebung in Höhe von 17 000 RM. begangen zu haben. Es handelt sich um Wertpapierschleubungen aus Oesterreich. Die Wertpapierschleubungen waren auf Veranlassung des Paters Provinzial Jusel aus Feldkirch vor sich gegangen. Die Wertpapiere waren, soweit es sich um den Fall des vollendeten Devisenverbrechens handelt, bei einer Bank in Kempten verkauft worden. Der Erlös war dann durch den Laienbruder Mehle, der die Wertpapiere mit seinem Krastrad auch über die Grenze nach Deutschland gebracht hatte, dem österreichischen Vater in Bargeld ausgehändigt worden. Mehle hat auch bei der Veräußerung der Wertpapiere, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zustande kam, mitgewirkt. Der Angeklagte Zuern hatte sich Guthaben aus Arbeiten für die Kongregation mit verschobenen Wertpapieren bezahlen lassen. Auch bei dem Verkauf der Wertpapiere hatte er mitgewirkt.

In der Anklage wird ausdrücklich festgestellt, daß es sich bei diesen Schleubungen nicht um Schuldrückzahlungen ausländischer Ordensgesellschaften nach Deutschland oder um, wie die Angeklagten behauptet haben, Gelder für die Mission handelte.

Jüdischer Arzt vor dem Berliner Schwurgericht

Berlin, 7. Jan. Das Schwurgericht beim Landgericht Berlin trat am Montag in einen Abtreibungsprozess ein, wie er in diesem Ausmaß die Berliner Gerichte noch nicht beschäftigt hat. Die Anklage richtet sich gegen den 45jährigen Dr. med. Max Kleinmann, einen aus Lublin in Rußland stammenden kaatenlosen Juden, sowie zwei praktische Ärzte, die Dr. Kleinmann bei seinen verbotenen Eingriffen durch Leistung von Operationshilfen unterstützt haben sollen. Ihnen wird gewerbsmäßige Abtreibung in rund 60 Fällen sowie jahrlängige Tötung in einem Falle zur Last gelegt. Wegen Beihilfe sind ferner drei Frauen mit angeklagt, die als Heilkundige bezw. Hebammen den Ärzten in erheblichem Umfange Patientinnen zugeführt haben. Die strafbaren Handlungen erstreckten sich über die Jahre 1929 bis 1934. Dr. Kleinmann unterhielt eine Praxis als Frauenarzt am Kusfürstendamm. Seine Abtreibungstätigkeit nahm einen solchen Umfang an, daß im Laufe der Voruntersuchung 170 von ihm behandelte Frauen vernommen werden mußten. In rund 60 Fällen hat sich nach Auffassung der Staatsanwaltschaft ein Schuldbeweis führen lassen. Die Verhandlung, die mehrere Monate andauern wird, wird größtenteils unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

König Leopold von Belgien ist von seiner Reise nach London wieder nach Belgien zurückgekehrt. Er soll sich um eine Vermittlungsaktion im Abyssinienkonflikt bemüht haben.

Französisches von der Alpengrenze. Der französische Generalissimo Gamelin wohnte in Riiza einer Gefechtsübung des 22. Alpenjägerbataillons bei. Im Anschluß daran fand eine Besichtigungstour in das französisch-italienische Grenzgebiet statt und ein Besuch bei den Truppen des Standortes Marseille.

Judenfeindliche Kundgebungen in Litauen. Wie erst jetzt bekannt wird, kam es dieser Tage in dem Städtchen Wornja (Nord-Litauen), dem Ort des ehemaligen litauischen Konzentrationslagers, während des Wochenmarktes zu schweren judenfeindlichen Ausschreitungen. 33 jüdische Einwohner kamen zu Schaden. Es soll 10 Schwerverletzte gegeben haben.

Explosion in einem japanischen Elektrizitätswerk. Die Lichtversorgung Tokios wurde durch eine Explosion im Elektrizitätswerk am Aschiro-See in Fukushima erheblich gestört. Im Anschluß an die Explosion erfolgte ein Wassereintrich. Zehn Angestellte, Ingenieure und Mechaniker wurden getötet.

Landesverräter gerichtet. Die Justizpressestelle Berlin teilt mit: Der vom Volksgerichtshof am 19. September 1935 wegen Verrats militärischer Geheimnisse zum Tode und dauerndem Ehrverlust verurteilte 36jährige Franz Süß aus Niederreidenbacherhof (Sachsen) ist hingerichtet worden.

Hauptmanns Hinrichtung verschoben. Nachdem das Gnadengericht bekanntgegeben hatte, daß es das von Bruno Hauptmann eingereichte Gnadengesuch am Samstag prüfen werde, hat Gouverneur Hoffmann die auf den 14. Januar festgesetzte Hinrichtung Hauptmanns auf einen späteren Tag verschoben.

Ueberfall auf Autobusse in Mexiko. Banditen überfielen zwischen Guanajuato und Dolores Hidalgo fünf Omnibusse. Bei dem Feuer, das die Banditen auf die Wagen abgaben, wurde ein Soldat und ein Zivilist getötet. Zwei Frauen wurden verwundet. Die Banditen gaben vor, zwei Abgeordnete zu suchen, die sich mit dem Plan trugen, eine sozialistische Propagandaarbeit im Staate Guanajuato zu erhalten. Da die Banditen diese beiden Abgeordneten, die sie in den Omnibussen als Fahrgäste vermuteten, nicht vorfanden, ließen sie die Ueberfallenen wieder frei.

Ehrenflugkapitäne der Deutschen Luftkassa. Einer Antrags des fliegenden Personals der Luftkassa folgend hat die Deutsche Luftkassa am 6. Januar aus Anlaß der Jahresfeier Reichsluftfahrtminister Göring, Staatssekretär Milch und den Direktor der Luftkassa Freiherrn von Gabelitz in Dankbarkeit für die geleistete Aufbauarbeit in der Handelsluftfahrt gebeten, den Titel eines Ehrenflugkapitäns der Deutschen Luftkassa anzunehmen. Dieser Bitte haben die Herren, die heute noch persönlich ihre Flugzeuge führen, entsprochen.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Bildhauer Tagblatt Bildhauer Bobblart, Wildbad im Schwarzwald (Zab. Zb. Bad) Nr. 12, 35. 75. Zur Zeit in Preisliste Nr. 2 gültig.

Heute eingetroffen

Frische Qualitätsfische

Ad. Blumenthal, Tel. 264

Trauerfachen

werden auf Wunsch in kürzester Zeit einwandfrei schwarz gefärbt.

Färberei Wült

Annahme: Korsettgeschäft Wandpflug, König-Karlstraße

Achtung!

Achtung!

Winterhilfswerk Wildbad

Am Sonntag, den 12. Januar 1936, findet in der städtischen Turn- und Festhalle zu Gunsten des Winterhilfswerks ein

Tag der deutschen Volksgemeinschaft

verbunden mit Musik- und Gesangsvorträgen, sowie Theater-Aufführungen statt.

Für reichliche Bewirtung ist Vorsee getroffen.

Die Volksgenossen Wildbads und Umgebung werden dazu herzlich eingeladen.

Besucht alle die Veranstaltung und helfst dadurch viel Not und Elend zu lindern und alle bedürftigen Volksgenossen werden Euch dafür dankbar sein.

Saalöffnung 3.30 Uhr. — Beginn 4 Uhr.

Die Feier setzt sich zusammen:

Von 4—6.30 Uhr: **Feier für die Kinder** (mit den Eltern): Vorfürungen der Turnerjugend — Märchenspiele der Schuljugend — Alpacapelle.

Ab 7.30 Uhr: **Feier für die Erwachsenen** Harmoniekapelle — Liederkranz — Synchron — Reigen — Theater-Aufführungen — Humoristische Einlagen.

DIE DRUCKEREI DIESES BLATTES DRUCKT AUCH FÜR IHR GESCHÄFT DRUCKSACHEN JEDER ART



Luftschutz ist wahrhafte Volksgemeinschaft

Die beste Gewähr für tadellose, fachmännische Ausführung aller Arbeiten in Färberei und chemische Reinigung bietet Ihnen die **Färberei Wült**, Ann.: Korsettgeschäft Wandpflug, König-Karlstr.

